

Irreale Realpolitik

VON JOSEF JOFFE

Klaus Kinkel spricht von einem 'Spagat' zwischen Moral- und Realpolitik, wenn er über das deutsche Verhältnis zu Rußland räsonniert. Man habe zwar im Tschetschenien-Krieg für Jelzin 'Partei ergriffen', gleichzeitig aber auch 'massiv und deutlich gerügt', hielt er den Kritikern in einer Podiumsdiskussion anläßlich des 125. Geburtstages des Auswärtigen Amtes entgegen.

Zum Wochenbeginn klang es aus dem Munde des Bundeskanzlers noch ganz anders. 'Ich bleibe dabei: Ich werde alles tun, um Boris Jelzin bei dem Versuch zu unterstützen, Rußland auf den Weg eines Rechtsstaats, einer Demokratie, einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu führen.' Und er unterstrich das Interesse des Westens, der Deutschen, 'daß Rußland auf seinem Reformkurs bleibt'. Ergo: Trotz 'aller Enttäuschungen' müsse man 'Rußland dabei helfen'.

Auf ersten Blick erscheint das ganz plausibel, doch schon beim zweiten tut sich ein Abgrund auf, der den 'Spagat'- Akrobaten zu verschlingen droht. Denn: Nicht immer ist der moralische Impuls des Realismus schlimmster Feind; häufig ist eine schlechte Moralpolitik auch eine schlechte Realpolitik.

Zugegeben: Bis vor kurzem befanden sich Kohl und Kinkel mit ihrer 'Jelzin- über-alles'-Politik noch in der besten Gesellschaft. Unüberbietbar war der unfreiwillige Zynismus des Clinton-Sicherheitsberaters Lake, wonach es bei der zügellosen russischen Attacke auf Grosny 'viel mehr Tote als nötig' gegeben hätte. Wie viele Tote dürfen's denn sein? Wie viele plattgemachte Wohnhäuser ist uns Jelzin wert? Nicht nur Bonn und Washington, sondern alle westlichen Hauptstädte hatten Jelzin bei der blutigen Unterdrückung Tschetscheniens freie Hand gewährt. Die Prämisse lautete allenthalben: Boris Jelzin ist unser Mann; wir müssen ihn um (fast) jeden Preis bei guter Laune halten; alles andere, zumal die 'Abspaltung einzelner Gebiete' würde, wie der Kanzler sagte, 'eher die ultra-reaktionären Kräfte in Rußland stärken'.

Das ist die Sprache der Realpolitik, die es im Umgang der Nationen gewiß nicht zu verachten gilt. Was wiegen da Moral und Recht? Nur: So einfach beseiteschieben läßt sich im Falle Grosny beides nicht. Erstens: In Tschetschenien wird eine Großstadt vernichtet. Das ist eine moralische Ungeheuerlichkeit, die es seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr gegeben hat. Zweitens: Die Russen verstoßen gegen drei Verträge, die das Rückgrat der europäischen Friedensordnung bilden: gegen die KSZE-Akte von 1975, die feierlich die 'Achtung der Menschenrechte' und das 'Selbstbestimmungsrecht der Völker' festschreibt; gegen die Dokumente von Budapest (1994), die den Schwur von 1975 noch einmal bekräftigen; gegen die KSE, den europäischen Abrüs-

tungsvertrag, der den Russen die Verlegung zusätzlicher Truppen in den Kaukasus verbietet.

Mit anderen Worten: Es geht nicht nur um die Moral, auch wenn wir, wo nicht das große Rußland bombardiert, ebenso schnell wie kräftig mit der Verdammung operieren - etwa, wenn die Israelis Hamas-Leute deportieren oder die Türken ein kurdisches Dorf auslöschen. Es geht auch nicht um die simple Retourkutsche, daß Jelzin den Tschetschenen per Massermord das Sezessionsrecht verweigert, das er sich selbst 1991 mit Rußlands Abspaltung von der Sowjetunion genommen hat. Es geht um so Reales wie die künftige europäische Ordnung, um Rußlands Verhalten heute und morgen.

Wer glaubt, daß Boris Jelzin der Garant für ein demokratisches Rußland sei, übersieht, daß es diesen Boris nicht mehr gibt. Wenn sich die neuen 'Demokraten' so verhalten wie die alten Autokraten, was ist dann der Unterschied zwischen einem Jelzin und einem Schirinowskij, der höhnt: 'Wäre ich Befehlshaber, würde an der Stelle Grosnys jetzt ein großer Bombentrichter klaffen.' Längst hat Jelzin mit den Schirinowskij's gemeinsame Sache gemacht. Das Parlament hat nichts mehr zu sagen, die öffentliche Meinung sowieso nicht. Wer den Demokraten in Rußland helfen will, muß sich mit Menschenrechtlern wie Sergej Kowaljow verbünden. Wer ein Rußland will, das zur verantwortungsbewußten Großmacht heranreift, der muß einem General Lebed recht geben, der das 'sinnlose Blutvergießen' verdammt und vor einem 'Krieg mit der muslimischen Welt' warnt.

Das Fazit: Manchmal, ja häufiger als man wähnt, ist schlechte Moral- auch schlechte Realpolitik. Noch weniger ist Appeasement der diplomatischen Weisheit letzter Schluß. Denn derlei Signale - die sowohl Clinton als auch Kohl viel zu lange ausgesandt haben - ermutigen bloß die Reaktionäre und entmutigen die Demokraten wie Kowaljow und Realisten wie Lebed, die der Westen und Rußland brauchen. Beschwichtigungspolitik stärkt immer das falsche Lager auf der anderen Seite. Das möge der Bundestag bei seiner Tschetschenien-Debatte am Donnerstag mit der gebotenen Offenheit debattieren.

Und dabei bedenken, daß allein schon der vorsichtige westliche Sprachwandel den Kreml ernüchert hat. Als 'sehr schädlich' etikettierte US-Außenminister Christopher am Sonntag die russische Strategie - und deutete an, daß sie die Wirtschaftshilfe gefährden könne. Tags drauf schon bot Ministerpräsident Tschernomyrdin den Tschetschenen jene Gespräche an, die Jelzin brutal verweigert hatte. Wer den 'Spagat' betreibt, muß mit beiden Beinen auftreten; sonst stürzt er in den Abgrund der Belanglosigkeit.